Ausgabe 1 | Oktober 2026

STANDPUNKT.

KAMMERPOLITIK FÜR WIENER ZAHNÄRZT:INNEN

LANDES ZAHNÄRZTE KAMMER WIEN

EDITORIAL

Ein Blick hinter die Kulissen



Liebe Kolleg:innen,

Sie haben uns im Mai 2026 einen klaren Auftrag gegeben. Diesen möchten wir auf allen Ebenen erfüllen – in unserer politischen Arbeit ebenso wie hinsichtlich der Transparenz darüber, welche Maßnahmen wir planen und wo wir aktuell in ihrer Umsetzung stehen. Zu diesem Zwecke haben wir dieses Medium mit klingendem Namen „**Standpunkt.**“ aus der Taufe gehoben. Wir möchten Ihnen nämlich unseren Standpunkt, unsere Sicht der Dinge und unsere Absichten vermitteln, gleichermaßen aber auch Fakten und Hintergründe näherbringen. Auf diese Weise hoffen wir, dass Sie ein gesamthaftes Bild der zahnärztlichen Standespolitik – in Wien und in Österreich – gewinnen.

Als Wiener Funktionär:innen werden wir künftig in vier Ausgaben pro Jahr unseren festen Standpunkt zu standespolitischen Sachverhalten im **Standpunkt.** vertreten. Wir werden Ihnen einen Blick hinter die Kulissen gewähren, um unsere Entscheidungen nachvollziehbar zu machen.

Abschließend lade ich Sie ein, uns Ihre Meinung zum Medium oder Fragen, die wir im **Standpunkt.** beleuchten sollen, mitzuteilen – die E-Mail-Adresse lautet presse@wr.zahnaerztekammer.at.

Übrigens: Unsere Wahl fiel bewusst auf ein Printmedium als Gegengewicht zu den überbordenden elektronischen Medien, um Ihnen eine entspanntere und hoffentlich auch erkenntnisreiche Lektüre zu ermöglichen –

Ihr
Franz Hastermann

02 UNSER STANDPUNKT
Echter Wandel braucht Handeln.
BVAEB-Pilotprojekt: Fehlschlag?

03 KURZ & AKTUELL
Kammerorganisation neu gedacht.
Umfrageergebnisse.

04 TERMINE
Feminale – Gesundheitsstraße.
After Work. Impressum.

Echter Wandel braucht Handeln

Ja zum ÖZÄK-Ruf nach Veränderung! Beginnen wir zunächst mit der Kammerdigitalisierung und den Kassenverträgen.

Der Wunsch nach Einigkeit der Zahnärzt:innen zur Stärkung unserer Position ist, wie wir dem Editorial der jüngsten ÖZZ entnehmen können, auch der Wunsch des neuen Präsidenten der Österreichischen Zahnärztekammer (ÖZÄK). Über „Vision: Einheit, Digitalisierung, Zukunft" wird dort geschrieben, auf der Coverseite verrät der Aufmacher, worum es geht: „Wandel – Bewährtes erhalten. Neues gestalten." Unglücklicherweise reimt sich darauf auch „Alles bleibt beim Alten". Vorerst wird der Wunsch nach radikaler Veränderung lediglich in Aussicht gestellt. Konkreteres wurde in der Anfang Oktober stattgefundenen Klausur, zu der das ÖZÄK-Präsidium alle Vorstände der Landeszahnärztekammern lud, besprochen. Auch hier liegt die Betonung auf „besprochen". Nun wird es notwendig sein, diesem Planen ein Handeln folgen zu lassen.

DIGITALISIERUNG, JETZT!

Aus Wiener Sicht schlagen wir vor, die von der ÖZÄK angekündigte Digitalisierungsoffensive sehr wohl für den Ordinationsalltag zu diskutieren, doch viel wichtiger, Digitalisierung vor allem in der Kammer selbst umzusetzen. Dort geben nämlich veraltete Datenbanken und Schnittstellensysteme Grund zur Sorge. Wien kompensiert derzeit die Mängel dieses zunehmend unbrauchbaren Datenbanksystems mit hohem Kosten- und Personalaufwand. Zusätzlich werden die bereits laufenden zukunftsorientierten Projekte zur zeitgemäßen Kommunikation zwischen Kolleg:innen und Kammer dadurch deutlich eingeschränkt.

ZUKUNFT HEUTE!

Erfreulicherweise denkt die ÖZÄK die Zukunft visionär. Hier müssten wir aus Wiener Sicht allerdings daran erinnern, dass dafür die Gegenwart geändert werden müsste. Der immer rauer werdende Umgangston der ÖGK mit ihren „Vertragspartnern" ist längst nicht mehr partnerschaftlich, vielmehr werden einzelne Ordinationen nahezu „vorgeführt". Die ÖZÄK als Verhandlerin der Kassen- und Kollektivverträge muss nun Kante zeigen. Die Kassentarife sind immer weniger kostendeckend. In den ÖGK-Gremien sitzen dieselben Personen, die bei Tarifverhandlungen blockieren, aber in ihrer Funktion als Gewerkschafter:innen hohe Forderungen für unsere Assistent:innen stellen.

JA ZU EINIGKEIT!

Echte Einigkeit braucht Gemeinsamkeiten. Das war uns bereits während des Wahlkampfes bewusst, daher haben wir das Gemeinsame auch als eines unserer Ziele definiert. Was während des Wahlkampfes galt, gilt für uns auch nach der Wahl. Umso bitterer wiegt die Erkenntnis, dass die ÖZÄK-Vertreter:innen das Konzept von Gemeinsamkeit und Einigkeit noch nicht gänzlich verstanden haben. Denn für sie bedeutet etwa Gemeinsamkeit, dass kein/e Funktionär:in der Bundesländer Wien und Niederösterreich in eine Führungsposition der ÖZÄK gelangen konnte. Etwas, worüber man großzügigerweise noch hinwegsehen könnte, wenn zumindest das Vorgehen und die Pläne zur Zukunftsgestaltung und die handelnden Personen der ÖZÄK überzeugen würden. Zumindest suchten einige Vertreter anderer Landeszahnärztekammern im Zuge der oben erwähnten ÖZÄK-Klausur das Gespräch mit dem Wiener Präsidenten. Ein guter Anfang …

BEWÄHRTES ÜBERDENKEN?

Auch wenn die ÖZÄK (noch) sehr am Bewährten hängt, denke ich, dass es ratsam ist, im Sinne der visionär gedachten Zukunft, vieles zu überdenken: Etwa jene Entscheidung, die abgewählte Wiener Vizepräsidentin und Altpräsidentin der ÖZÄK zur neuen Referentin für Medien und Öffentlichkeitsarbeit zu ernennen. Dass nämlich eine der Protagonist:innen des unseligen BVAEB-Pilotprojektes nun über die Inhalte der ÖZZ entscheidet, in einem ZiB-Beitrag zu einer Studie einer Privatversicherung (!) über das Zähneputzen und Übertragung von Kariesbakterien durch Babyschnuller spricht, während die gesamte Zahnärzt:innenschaft kommentarlos wegen zu hoher Kosten öffentlich bloßgestellt wird, geht weit über das Bewahren hinaus. Vielmehr muss diese Entscheidung eher als „Erinnerungsverlust" gesehen werden.

BVAEB-Pilotprojekt: ein prognostizierter Fehlschlag?

Derzeit zeigen Abrechnungszahlen einen Umsatzverlust im ersten Halbjahr von mehr als 1.200 Euro pro Abrechner:in.

WIEN IST ANDERS!

Im Gegensatz zur notwendigen Kritik an der ÖZÄK können wir aus Wien Positives berichten. Im Rahmen meiner Antrittsbesuche bei Wiens Bürgermeister Dr. Michael Ludwig, Gesundheitsstadtrat Peter Hacker sowie weiteren Vertretern der Stadtpolitik und Stakeholdern ist es in äußerst konstruktiver Atmosphäre gelungen, Gespräche über wichtige Themen für die Wiener Zahnärzt:innenschaft zu führen. Dabei kamen auch heikle Themen wie die von uns vehement geforderten Gruppenpraxen ebenso wie die Problematik der investorengeführten Ambulatorien, aber auch alltagsrelevante Aspekte wie die unbürokratischen Genehmigungen von Klimaanlagen für unsere Ordinationen im Stadtgebiet von Wien zur Sprache. Es wurden auch weiterführende Gespräche zur Intensivierung bereits bestehender Projekte für Kinder und Jugendliche bzw. alte Menschen zwischen der Stadt Wien und der Landeszahnärztekammer vereinbart.

Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe des **Standpunkt.** bereits über konkrete Ergebnisse zu den laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekten berichten zu können.

– Franz Hastermann –

Seit der Einführung des BVAEB-Pilotprojektes im Jänner 2026 haben uns zahlreiche Rückmeldungen aus der Wiener Zahnärzt:innenschaft erreicht. Viele Kolleg:innen berichten von wirtschaftlichen Nachteilen und äußern die Sorge, dass die neuen Rahmenbedingungen zu spürbaren Einkommensverlusten führen. Als Interessenvertretung ist es uns wichtig, diese Diskussion auf eine transparente, faktenbasierte und nachvollziehbare Grundlage zu stellen.

Da rund 91 Prozent der Wiener BVAEB-Kassenabrechner:innen ihre Honorare über die Zahnärztliche Abrechnungsstelle abrechnen, verfügen wir über eine belastbare und aussagekräftige Datengrundlage zur Bewertung der Auswirkungen des Pilotprojektes. Die Auswertung des ersten Halbjahres 2026 bestätigt leider die bereits im Vorfeld geäußerten Bedenken.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

UMSATZ DEUTLICH GESUNKEN

Der Gesamtumsatz der BVAEB-Abrechner:innen reduzierte sich im ersten Halbjahr 2026 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2025 trotz Honorarerhöhungsfaktor 2026 um rund vier Prozent. Der Rückgang der Kassenumsätze ist im Wesentlichen auf die negativen Auswirkungen des BVAEB-Pilotprojektes zurückzuführen.

LEISTUNGEN MINUS 24 PROZENT

Besonders kritisch ist die Entwicklung jener Leistungsbereiche, die unmittelbar vom Pilotprojekt betroffen sind. Unter Berücksichtigung der Honorarerhöhungen 2026 verringerte sich das Abrechnungsvolumen gegenüber dem ersten Halbjahr 2025 um 24 Prozent beziehungsweise rund 700.000 Euro. Dies entspricht einem durchschnittlichen Umsatzrückgang von etwa 1.275 Euro pro Abrechner:in bereits innerhalb der ersten sechs Monate.

DATEN NOCH UNVOLLSTÄNDIG

Die statistischen Eintragungen (Erfassung sämtlicher Einzelleistungen zur Position „ZO“) eignen sich aufgrund erheblicher Abweichungen in den gemeldeten Leistungsdaten nicht als verlässliche Vergleichsbasis, da offenbar nicht von allen Kolleg:innen vollständige Angaben erfasst wurden. Daher wurde das Projekt mit repräsentativen Vorjahreszahlen verglichen.

„ZO“ RÜCKLÄUFIG

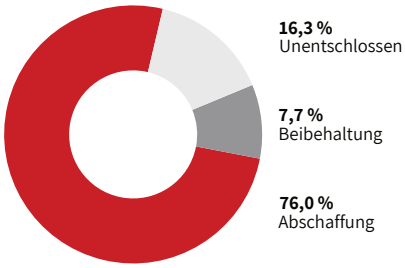
Auch das von unseren Vorgänger:innen in der vergangenen Legislaturperiode postulierte und beschlossene halbjährliche Verstecken und taggenaue Verrechnen der Position „Zahnärztliche Ordination“ (ZO) kann aufgrund des bislang kurzen Beobachtungszeitraums noch nicht abschließend beurteilt werden. Eine eindeutige Tendenz ist jedoch bereits erkennbar:
Obwohl die Patient:innenfrequenz im zweiten Quartal 2026 nahezu auf dem Niveau des ersten Quartals lag, verringerte sich die Zahl der abgerechneten ZO-Positionen von 30.479 auf 21.789 und damit um 29 Prozent. Dies verdeutlicht die praktischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Rege-lung, wonach die Position ZO für denselben Patienten lediglich einmal pro Halbjahr verrechnet werden darf.

QUERFINANZIERUNG

Wenngleich die Honorare für endodontische und chirurgische Leistungen teilweise auf das Doppelte erhöht und zusätzlich eine Mundhygieneleistung für Kinder eingeführt wurden, dienen diese Erhöhungen de facto lediglich der Querfinanzierung jener Leistungen, die nicht mehr verrechnet werden können. Selbst dadurch wird das entstandene Defizit nicht ausgeglichen. Die Forderung nach einer tatsächlich wirksamen und adäquaten Erhöhung dieser Positionen ist damit in weite Ferne gerückt.

KLARES MEINUNGSBILD

Die von der Landeszahnärztekammer für Wien initiierte Meinungsbefragung unter Wiener Zahnärzt:innen, unter anderem zum BVAEB-Projekt, zeigte bereits nach wenigen Tagen ein eindeutiges Bild:



76,0 Prozent sprechen sich für eine Abschaffung des Projektes in seiner derzeitigen Form aus.
16,3 Prozent sind unentschlossen.
7,7 Prozent befürworten die Beibehaltung.

FAZIT NACH SECHS MONATEN

Die bislang vorliegenden Daten zeichnen ein klares Bild: Die mit dem Pilotprojekt verbundenen Erwartungen konnten bisher nicht erfüllt werden. Vielmehr weisen die aktuellen Zahlen auf erhebliche wirtschaftliche Nachteile für die Wiener Vertragszahnärzt:innenschaft hin.

Die derzeit amtierenden Funktionär:innen der Landeszahnärztekammer für Wien werden die Entwicklung weiterhin kritisch begleiten, die Ergebnisse laufend evaluieren und sich auf Basis objektiver Daten konsequent für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzen.

Die Initiatoren der Umsetzung dieses Projektes sind derzeit alle in der Österreichischen Zahnärztekammer (ÖZÄK) zu finden, dessen Änderung liegt ebenfalls in der Verantwortung der ÖZÄK. Eine wesentliche Aufgabe der kommenden Monate wird daher darin bestehen, auch in den anderen Bundesländern Mitstreiter:innen für Mehrheiten zu gewinnen, um Korrekturen oder die Abschaffung zu ermöglichen. Aus Niederösterreich wurden diesbezüglich übrigens bereits positive Signale vernommen.

Die Landeszahnärztekammer für Wien wird Sie weiterhin laufend über die weitere Entwicklung informieren.

– Gerhard Schager –

FAKTEN

BVAEB: Verlust im ersten Halbjahr

1.275 €

Pro Abrechner:in ging der Umsatz innerhalb der ersten sechs Monate des Pilotprojektes um 1.275 Euro zurück. Betroffen sind vor allem Leistungsbereiche des Piloten.

Kammerorganisation neu gedacht

Digitalisierung wird Kooperation, Kommunikation und Interaktion zwischen Zahnärzt:innen und Kammer erleichtern.

Ein neues Haus bedeutet noch lange keine neue, zeitgemäße Struktur. Alle Mitarbeiter:innen der Landeszahnärztekammer für Wien arbeiten Tag für Tag mit großem persönlichem Einsatz, oft weit über den eigentlichen Aufgabenbereich hinausgehend daran, dass die Kammer nach außen wie nach innen für ihre Mitglieder funktioniert. Nicht mehr zeitgemäße analoge Arbeitsabläufe werden dabei mehr und mehr zur massiven Belastung.

Wir wollen mit einer längst überfälligen umfangreichen Digitalisierung spürbare Vereinfachungen für unsere Kolleg:innen erreichen und gleichzeitig damit auch für eine Entlastung des Personals sorgen.

Eines unserer Ziele ist eine, idealerweise interaktive, Plattform zwischen Kolleg:innen und uns als ihre Standesvertreter:innen. Dazu müssen aber nicht mehr zeitgemäße Strukturen, wie die im Bereich der ÖZÄK angesiedelte Datenbank und ihre Schnittstellen, erneuert werden. Da dies ohnedies dringend erforderlich ist, werden wir mit Nachdruck auf deren Erneuerung drängen.

Jene Teile unseres Projektes, die im Bereich der Landeszahnärztekammer für Wien umsetzbar sind, werden in jedem Fall zielstrebig umgesetzt.

– Franz Hastermann –

Demokratieumfrage: klare Arbeitsaufträge

75 Prozent sind gegen das BVAEB-Pilotprojekt – ein Arbeitsauftrag, Diskussionen mit der ÖZÄK einzufordern.

Die Ergebnisse der jüngsten Umfrage (15.09. bis 30.09.2026) anlässlich des Tages der Demokratie zeichnen ein eindeutiges Bild zu aktuellen standespolitischen Themen wie dem „BVAEB-Pilotprojekt“ und „Gruppenpraxen“.
Demnach sprachen sich mehr als 75 Prozent der Teilnehmenden (221 Personen) gegen die Beibehaltung des BVAEB-Projektes aus; knapp 60 Prozent können sich hingegen vorstellen, in einer Gruppenpraxis zu arbeiten oder selbst eine zu gründen.

Unterschiede zwischen Kolleginnen und Kollegen sind jedoch wahrnehmbar: Weniger Frauen sind gegen die Beibehaltung des aktuellen BVAEB-Projektes (70,9 vs. 81,1 Prozent); allerdings sprechen sich mehr Frauen für die Gründung/Arbeit in Gruppenpraxen aus (64,5 vs. 55,0 Prozent).

Einig sind sich beide Gruppen, den Zahnarztberuf ihren Kindern weiterzuempfehlen (43,6 vs. 45,9 Prozent).

Was lässt sich von diesen Ergebnissen nun für unsere standespolitische Arbeit ableiten?
Ein ganz klarer Arbeitsauftrag, in den Gremien der Österreichischen Zahnärztekammer sowohl die neuerliche Diskussion des BVAEB-Pilotprojektes als auch jene über die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung der Gruppenpraxen mit Nachdruck einzufordern.

– Franz Hastermann –

04 TERMINE

TERMINE

FEMINALE – GESUNDHEITSSTRASSE

06.11.2026, ab 14:00 Uhr

Rathaus der Stadt Wien,
Festsaal

www.wien.gv.at/feminale

AFTER WORK

19.11.2026, ab 19:00 Uhr

Am Hof 8,
1010 Wien

Anmeldung
https://shorturl.at/2huAs

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber

Landeszahnärztekammer für Wien
Linke Wienzeile 170 | 1060 Wien

T 050 511 1000
E office@wr.zahnaerztekammer.at
W wr.zahnaerztekammer.at

Offenlegung gem. § 25 MedienG
permanent abrufbar unter:
https://wr.zahnaerztekammer.at/
impressum

Autoren der aktuellen Ausgabe

OMR Dr. Franz Hastermann:
hastermann@wr.zahnaerztekammer.at

MR Dr. Gerhard Schager:
schager@wr.zahnaerztekammer.at

Druck

druck.at Druck- und
Handelsgesellschaft mbH
2544 Leobersdorf